Fachkräftemangel **Gewerkschaften warnen mit Blick auf die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte vor Lohndumping und Ausbeutung. Die hält auch der Rassismus davon ab, hierherzukommen.**

DPA/SEBASTIAN GOLLNOW

Insbesondere in der Pflege werden händeringend Fachkräfte aus dem Ausland gesucht.

Umstrittene Anwerbung

Gewerkschaften wollen aus- und inländische Beschäftigte besser vor Lohndumping schützen

Um das globale Arbeitskräftereservoir für die deutsche Wirtschaft nutzbar zu machen, erleichtert die Bundesregierung die Anwerbung von Arbeiter*innen aus Drittstaaten. Der DGB fordert eine gesetzliche Tarifbindung.

FELIX SASSMANNSHAUSEN

»Die rechtsradikalen Remigrationsfantasien sind ein Anschlag auf alle Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland. Sie sind ein Anschlag auf unsere Demokratie, aber auch etwas, das uns ökonomisch schädigt«, sagte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil am Dienstag auf der Konferenz der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zur Fachkräfteeinwanderung. Denn: »Wir brauchen Fachkräfte.« Und zwar rund sieben Millionen bis 2035, schätzt er.

Auch darum hat die Bundesregierung die sogenannte Fachkräftestrategie initiiert, die drei Säulen umfasst: Digitalisierung, Frauen und Migration. So soll neben der Produktivkraftsteigerung, etwa durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz, »inländisches Potenzial« besser qualifiziert und nutzbar gemacht werden. Insbesondere Frauen, die überwiegend in Teilzeit beschäftigt sind, müssten mehr arbeiten. Damit könne man 400 000 zusätzliche Fachkräfte generieren, betonte Heil.

Um aber in den nächsten zehn Jahren auf die sieben Millionen zusätzlichen Arbeitskräfte zu kommen, sei auch die qualifizierte Einwanderung zwingend erforderlich. Dafür hat die Bundesregierung eine Reihe von migrations- und integrationspolitischen Maßnahmen und Gesetzen auf den Weg gebracht: ein liberaleres Einbürgerungsrecht, vereinfachte Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen, erleichterte Weiterbildungen und die Entfristung der Westbalkanregelung.

Doch die Vorhaben stoßen auf Kritik. So beklagen Unternehmen zu hohe bürokratische Hürden bei der Anwerbung von Arbeitskräften, vorrangig für kleine und mittlere Betriebe. Gewerkschaften fordern dagegen einen besseren Schutz für ausländische Arbeiter*innen. »Ein Großteil derjenigen, die in den vergangenen Jahrzehnten zu uns gekommen sind, hat die größte Drecksarbeit gemacht«, sagte die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Yasmin Fahimi, am Dienstag. Ein überwiegender Teil mache Arbeit, die schlecht bezahlt sei und körperlich anspruchsvoll, »manchmal in geradezu ausbeuterischen Verhältnissen«, kritisierte sie.

> **»Wir haben Probleme, in unseren Reihen zu erklären, was an Migration gut ist, wenn es solche ausbeuterischen Verhältnisse gibt.«**
>
> Yasmin Fahimi *Deutscher Gewerkschaftsbund*

Arbeiter*innen aus Drittstaaten gelten als besonders vulnerabel, weil ihre Aufenthaltsperspektive meist an den Job geknüpft ist. Sie können sich kaum gegen schlechte Arbeitsbedingungen wehren. Auch erschweren ihnen oft mangelnde Sprachkenntnisse und komplexe Verfahren den Zugang zu ihren Rechten. Unternehmen nutzen das laut DGB aus, um Löhne zu drücken.

Dies zeigt sich insbesondere an der Westbalkanregelung, die als Vorbild für die Anwerbung von Arbeitskräften aus anderen Regionen gilt. Ziel der seit 2016 geltenden Regelung ist es, »die verdeckte Wirtschaftsmigration aus den Westbalkanländern zu regulieren«, erklärte die Anwältin für Einwanderungsrecht, Bettina Offer. Staatsangehörige der sechs Westbalkanstaaten erhalten damit einen leichteren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Die Arbeiter*innen brauchen lediglich ein Angebot eines Unternehmens. Und die Arbeitsbedingungen müssen mit anderen Stellen in der Branche vergleichbar sein, was von der Arbeitsagentur geprüft werden muss.

Doch hier liegt aus Sicht der Gewerkschaften das Problem. So stehe zwar auf dem Papier, dass die Löhne auf dem Niveau der branchenüblichen Bezahlung liegen sollen. Doch ist nicht klar geregelt, was das bedeutet. »Und es ist kein einklagbarer Anspruch«, kritisierte Antonius Allgaier von der Gewerkschaft IG BAU. Dadurch könnten die Unternehmen Lohndumping betreiben.

Zudem seien die Kontrollen durch die Arbeitsagentur und den Zoll unzureichend, insbesondere auf dem Bau, bemängelt er. Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung arbeitet fast die Hälfte derjenigen, die über die Westbalkanregelung nach Deutschland kommen, in der Baubranche. »Das ist grundsätzlich gut, aber die Integration muss fair stattfinden«, forderte Allgaier.

»Das ist es, was die Leute aufbringt. Wir müssen nicht nur den Rassismus aus den Köpfen kriegen. Ein anderer Teil ist auch die Erfahrung, dass Leute kommen, die die Arbeit mit schlechten Löhnen wegnehmen«, sagte Fahimi am Dienstag. »Wir haben Probleme, in unseren Reihen zu erklären, was an Migration gut ist, wenn es solche ausbeuterischen Verhältnisse gibt«, betonte sie und unterstrich die Forderung nach einer gesetzlichen Verpflichtung zur Tarifbindung für Unternehmen, die Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben.

Dass die Bundesregierung dieser Forderung bald nachkommt, ist unwahrscheinlich. Zwar gestand Arbeitsminister Heil zu, dass die derzeitige Regelung verbesserungswürdig sei. Doch er betonte, dass er mit Blick auf die Arbeitsbedingungen für ausländische Arbeiter*innen vor allem die Unternehmen in der Verantwortung sehe.

Rassismus schreckt Pflegekräfte ab

Deutschland war noch nie erste Wahl für Filipinos – jetzt springen immer mehr Interessierte ab

Die Philippinen könnten zahlreiche Pflegekräfte ins alternde Deutschland schicken. Doch die ausländerfeindliche Stimmung dort bleibt auch den Menschen in Südostasien nicht verborgen.

FELIX LILL

Jason Heinen gerät in letzter Zeit häufiger in Bedrängnis. Zum Beispiel vor gut zwei Wochen, als der Unternehmer eine Infoveranstaltung vor 120 Pflegekräften machte, die es sich grundsätzlich vorstellen konnten, für einen Job nach Deutschland zu ziehen. Nur wollten die Interessierten verblüffend wenig über Arbeitsbedingungen, Vertragsrecht oder die Pünktlichkeit der Gehaltsauszahlung wissen. »70 Prozent der Fragen drehten sich um Rassismus«, erinnert sich Heinen. »Ich versuche dann, Deutschland möglichst positiv darzustellen.« Aber das werde zusehends schwierig.

Als Vermittler von Pflegekräften arbeitet Heinen seit sechs Jahren für das Unternehmen Saisy Germany. Als er anfing, schien das Geschäft wie eine Goldgrube: In Deutschland mangelt es akut an Arbeitskräften, insbesondere solchen, die in der Pflege arbeiten können. Bis 2030 dürfte laut Schätzungen eine halbe Million solcher Fachkräfte fehlen. Und Heinens Heimat Philippinen, deren Bevölkerung von derzeit 114 Millionen jährlich noch um 1,5 Prozent wächst, bildet massiv Pflegekräfte aus. Die beiden Staaten haben ein Abkommen über den Austausch von Arbeitskräften.

Aber wollen auch die Deutschen die Einwanderer? Auf den Philippinen ist man sich nicht mehr so sicher. Deutschland wird zusehends als migrationsfeindlich wahrgenommen. Nationale Medien berichteten zuletzt groß über das Treffen von Rechtsextremen, auf dem über massenhafte Deportationen von Bürgern ausländischen Ursprungs diskutiert wurde. Das preisgekrönte Onlineportal »Rappler« titelte schon 2021 mit Verweis auf die AfD: »Die Verbreitung des Faschismus ist real.«

Dies hat offenbar auch fern von Deutschland reale Folgen. So berichtet Heinen: »Uns springt jeden Tag eine interessierte Person ab.« Die Sorge vor schlechter Behandlung steige rapide. »Den Bedarf, den Krankenhäuser und andere Einrichtungen bei uns melden, können wir decken. Wir rekrutieren umso mehr.« Aber wie lange lässt sich das noch leisten? »Wenn es so weitergeht, wird bald niemand mehr nach Deutschland wollen«, glaubt Heinen.

Weltweit gehören die Philippinen seit Jahrzehnten zu jenen Ländern, die am meisten Landsleute zum Arbeiten ins Ausland schicken. Seit den 1980er Jahren ist dies Teil der Regierungspolitik des Schwellenstaates. Matrosen, Haushaltshilfen oder Pflegekräfte arbeiten in reicheren Ländern, von wo aus sie einen Teil ihrer Löhne zurück in die Heimat schicken. Diese Geldsendungen machen ungefähr ein Zehntel des heimischen Bruttoinlandsprodukts aus. Doch nach Deutschland zieht es schon bisher eher wenige. Derzeit sind es etwa 12 600 Filipinos, die meisten arbeiten in der Pflege.

Denn Hürden gab es schon bisher reichlich: Zur Schwierigkeit, die deutsche Sprache zu erlernen, kommen bürokratische Hürden bei der Anerkennung der Berufsqualifikationen. Deutschland hat im Wettbewerb um ausländische Arbeitskräfte ein Problem, wenn Interessierte sehen, dass in anderen Industriestaaten Englisch Geschäftssprache ist und auch die Bewerbungsprozesse schneller gehen. Der Großteil der Filipinos und Filipinas zieht daher nach Saudi-Arabien, in die USA, die Vereinigten Arabische Emirate, Australien oder Hongkong.

Was man außerdem über Deutschland hört? Dass sich die Landsleute dort oft nicht wohlfühlen. Das berichtet jedenfalls die interkulturelle Beraterin Grace Lugert-Jose, die sich auf die Integration ausländischer Pflegefachkräfte spezialisiert hat. 2023 hat sie eine Befragung unter 224 in Deutschland arbeitenden Filipinos und Filipinas durchgeführt. Ergebnis: »Die Mehrheit der Pflegefachkräfte würde befreundeten Kolleginnen die Arbeit in Deutschland nicht empfehlen.« Zwei Drittel haben demnach Diskriminierung oder Rassismus erlebt.

»Oft kommen die neu eingereisten Pflegefachkräfte in Teams mit schlechtem Arbeitsklima, in denen Mobbing bereits an der Tagesordnung ist«, so Lugert-Jose. »Dann werden sie als die Neuen mit meist zurückhaltendem Auftreten und Unsicherheiten in der deutschen Sprache zum Opfer von Mobbing.« Der Befund scheint zu einer kürzlichen Umfrage der EU-Agentur für Grundrechte zu passen: In Deutschland gaben darin 65 Prozent der Befragten mit afrikanischen Wurzeln an, Rassismuserfahrungen gemacht zu haben – der zweithöchste Wert hinter Österreich.

Solche Informationen wirken auch auf Menschen aus Asien kaum einladend. Zumal selbst die deutsche Willkommenskultur oft zweischneidig ist. Auf Konservative, denen klar ist, dass sich Deutschland dringend um Pflegekräfte aus dem Ausland bemühen muss, üben gerade die Philippinen eine gewisse Faszination aus – weil rund 90 Prozent der Bevölkerung christlich sind. Und wer in Deutschland Wert auf eine christlich geprägte Leitkultur legt, hat an Patientenbetten oft lieber Filipinos als zum Beispiel Ägypterinnen oder Syrer.

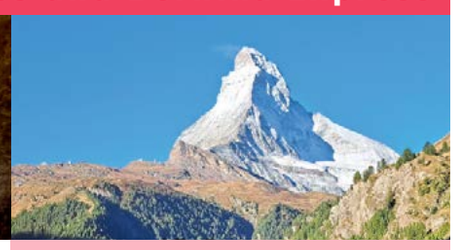
Aber so eine Präferenz für Menschen von den Philippinen, wie sie etwa in der CDU/CSU vertreten ist, lässt sich auch als latente Fremdenfeindlichkeit lesen. Denn willkommen wären die Menschen nicht, um sich in Deutschland in die Gesellschaft einzubringen, sondern weil sie den Glauben teilen, also nicht allzu fremd sind. Zudem: An die zehn Prozent auf den Philippinen sind muslimisch. »In Deutschland gibt es wohl Rassismus gegen Muslime«, erklärt eine Pflegekraft, die von Jason Heinens Programm wieder abgesprungen ist und ihren Namen für sich behält. »Ich will damit nichts zu tun haben.«

Saisy Germany, das bis jetzt Pflegekräfte in der deutschen Sprache ausgebildet und nach Deutschland vermittelt hat, bietet seine Vermittlungsdienste seit Kurzem auch in englischsprachige Länder an. »Immer mehr Interessierte fragen gezielt danach«, berichtet Heinen. Man müsse sich eben nach dem Marktpotenzial richten.

ANZEIGE

nd REISEN

Schweiz: Vom Valposchiavo zum Matterhorn mit Glacier-Express und Bernina Express



9 Tage • 6 Ü/F in 3*Hotels (4x Valposchiavo, 2x Chur) • wahlweise: 2 Ü in 3*Hotels in Zermatt mit Frühstück oder in Täsch mit HP • **1 Abendessen unterwegs** • TOP: Zugfahrt 2.Kl. im GLACIER-EXPRESS inkl. Sitzplatz-Reservierung (Wert 185 €) • Zugfahrten 2.Kl. Basel-Chur, Chur-Poschiavo, Zermatt-Basel • Zugfahrt 2.Kl. BERNINA-EXPRESS • 3 Tage **beliebige Fahrten** mit Bahn & Bus im Valposchiavo • Chur: **kostenfreie Nutzung:** Bus, Zug, Bergbahn

Verrückte Aktion • **Bis 3 Monate vor Reisebeginn 7% günstiger** • Für nur 210 € extra alle Zugfahrten in 1.Klasse. Sogar **ab/bis Zuhause.** (Erspart mehr als 403€) • Zugfahrt über den Bernina-Pass inklusiv (Wert 133 €) • Chur und Valposchiavo: Gratis-Nutzung von Bus und Zug • Sitzplatz-Reservierung Glacier-Express (Wert 53 €) inklusiv • **5% Mitfahrer-Sparpreis** • 1 Abendessen in Poschiavo (Wert 55 €) dabei • Bei Übernachtung in Täsch statt Zermatt: **2x HP inkl.** (plus 110 € sparen)

Doppelzimmer p.P. 9 Tage ab 1597 Euro
Einzelzimmerzuschlag 400 Euro

April-Okt. 2024: Jeden Do, Fr, Sa, So

nd REISEN - Frank Diekert
Franz Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon 030 2978-1620
leserreisen@mazz.berlin

Veranstalter: Reise365.com - RDK-Touristik - Frohnhäuser Straße 15 b - 35685 Dillenburg